

## Familienverband gegen Corona-Tests für Kindergärten

*Steigende Inzidenzen unter Schüler sorgen für Streit über die richtige Strategie. Landesregierung will Sondergutachten einholen*

**Erfurt.** Der Verband kinderreicher Familien fordert den „Corona-Testmarathon und Dauer-Nachweise für Kinder zu beenden. Das Sicherheitsbedürfnis einer alternden Gesellschaft schränkt nachhaltig ein und macht krank“, sagt Verbandsgeschäftsführerin Katrin Konrad im Gespräch mit dieser Zeitung. Es verhindere seit fast zwei Jahren das unbeschwertere Aufwachsen einer ganzen Generation. „Isolation, Kontaktsperren und Homeshooling über Monate führen zu langfristigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die unter dem Begriff „Long Lockdown“ viel mehr das aktuelle Handeln von Politik und Verwaltung zu Gunsten von Freiheiten für Kinder beeinflussen sollten“, so Konrad.

Mit Blick auf die steigenden Inzidenzen bei Kindern zwischen fünf und 14 Jahren hatte unter anderem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) von der Landesregierung verlangt, verpflichtende Corona-Tests in Schulen und Kindergärten wieder einzuführen.

Konrad kritisiert diesen Vorstoß hart. „Was qualifiziert die Lobbyvereinigung der Lehrer dazu? Die Gesundheit der eigenen Klientel kann die GEW durch Impfaufrufe und Testangebote absichern.“ Jenas Bürgermeister Christian Gerlitz (SPD) plädiert dagegen für eine Testpflicht. Er schildert, dass bei Grundschulern die Sieben-Tage-Inzidenz in der Spitze bei über 500, im Durchschnitt bei 400 gelegen habe und damit bei einem Vielfachen der Gesamtbevölkerung. Eine Schule sei am Montag komplett in Quarantäne geschickt worden.

Die unkontrollierte Verbreitung in den Schulen werde von Bildungsminister Helmut Holter (Linke) billigend in Kauf genommen, ärgert sich Gerlitz. „Die unentdeckten Cluster werden die Grundlage für die sich anbahnende Welle sein.“

Der Bildungsminister ist jedoch weiter davon überzeugt, mit dem abgestuften Frühwarnsystem, das Tests erst bei höheren Inzidenzen vorsieht, ein stimmiges und sinnvolles Konzept erarbeitet zu haben.

Die Greizer Landrätin Martina Schweinsburg (CDU) sieht das anders. Sie berichtet, ihr Landkreis habe eine Allgemeinverfügung für Pflichttest an Schulen in Hotspot-Gebieten entworfen. Die Landesregierung habe dies aber untersagt. Kinder seien im Moment die Hauptüberträger, ohne selbst Symptome zu haben, sagt Schweinsburg.

Die Landesregierung kündigte an, beim wissenschaftlichen Beirat ein Sondergutachten zu den hohen Corona-Inzidenzen bei Kindern in Auftrag zu geben. „Wir wollen mit dem Sondergutachten wissen, wie sehr der Anstieg des Infektionsgeschehens nach Altersgruppen gegliedert ist und wie es einhergeht mit symptomatischen Erkrankungen bzw. Hospitalisierungen“, sagt Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) nach der Kabinettsitzung.

Zuvor hatte diese Zeitung unter Verweis auf Zahlen aus dem Bildungsministerium berichtet, dass in der Altersgruppe der fünf bis 14-Jährigen die Sieben-Tage-Inzidenz am Montag bei mehr als 290 lag.